



Wertstoff-Erfassung

Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerbefragung

3. April 2014

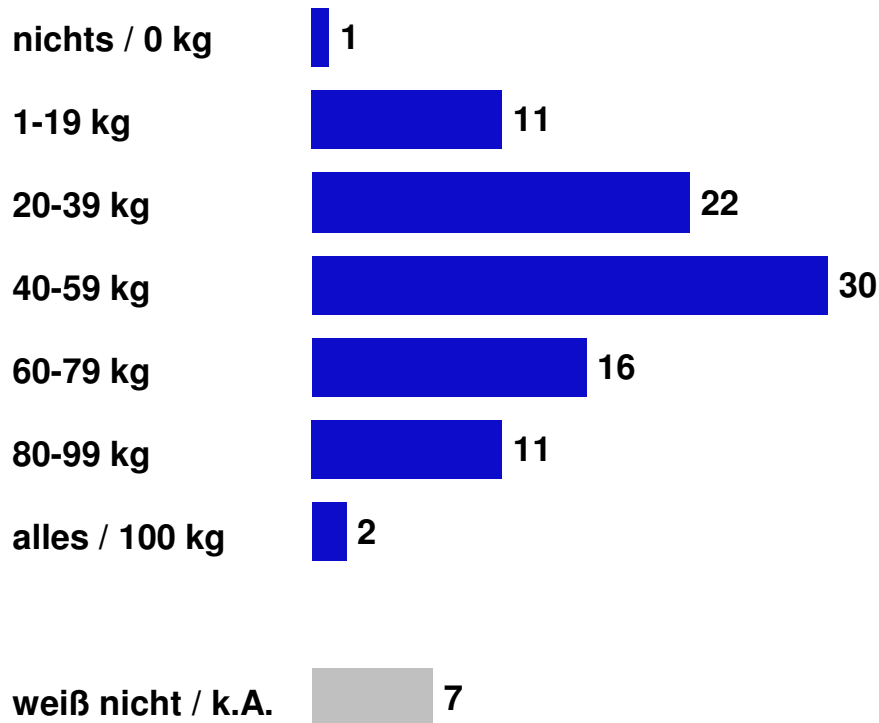
Eckdaten der Studie

Untersuchungsgegenstand:	Wertstofffassung
Grundgesamtheit:	Personen ab 18 Jahre in Deutschland
Stichprobe:	1.009 Personen
Erhebungsmethode:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Erhebungszeitraum:	24. bis 26. März 2014

Vermuteter Anteil stofflicher Verwertung von Verpackungsabfall

Knapp jeder dritte Bürger vermutet, dass rund die Hälfte des Verpackungsmülls aus der Gelben Tonne stofflich verwertet wird.

Von 100 kg Verpackungsabfall aus der Gelben Tonne werden recycelt, also aufbereitet und wiederverwertet...



Basis: 1.009 Befragte

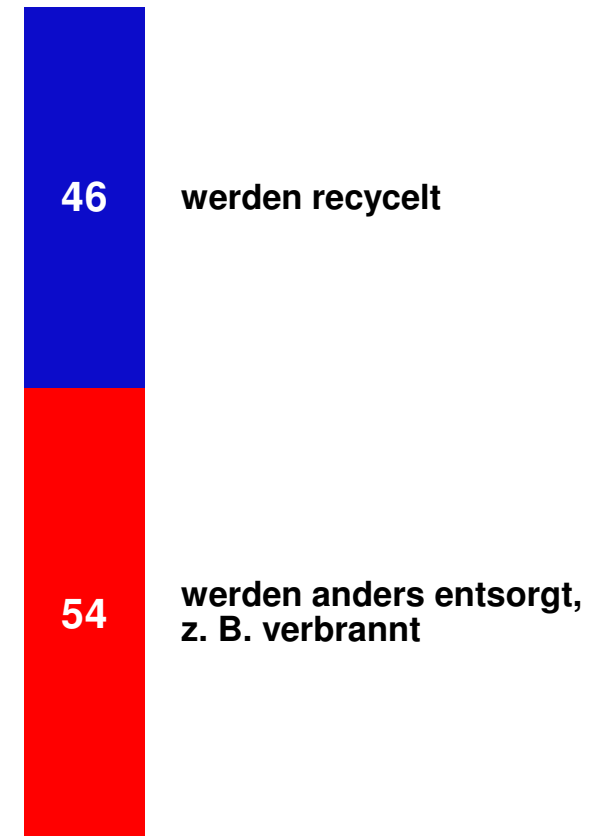
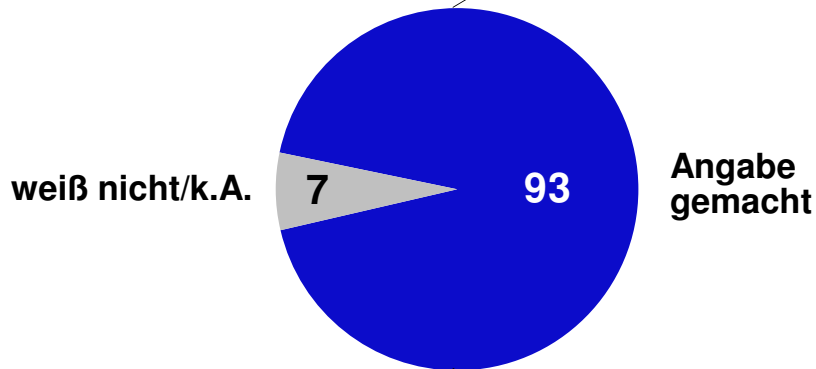
Angaben in Prozent

Frage: „(...) Was schätzen Sie: von 100 kg Verpackungsabfall aus der Gelben Tonne: wie viel kg davon werden RECYCELT, (...), und wie viel kg werden ANDERS ENTSORGT, z. B. in Müllverbrennungsanlagen verbrannt?“

Stoffliche vs. andere Verwertung von Verpackungsabfall (1)

Im Durchschnitt gehen die Bürger davon aus, dass von 100 kg Verpackungsabfall 46 kg stofflich verwertet und 54 kg anders entsorgt werden.

Von 100 kg Verpackungsabfall aus der Gelben Tonne...
(Mittelwert in kg über alle Personen, die eine Angabe gemacht haben)



Basis: 1.009 Befragte

Angaben in Prozent bzw. kg

Frage: „(...) Was schätzen Sie: von 100 kg Verpackungsabfall aus der Gelben Tonne: wie viel kg davon werden RECYCELT, (...), und wie viel kg werden ANDERS ENTSORGT, z. B. in Müllverbrennungsanlagen verbrannt?“

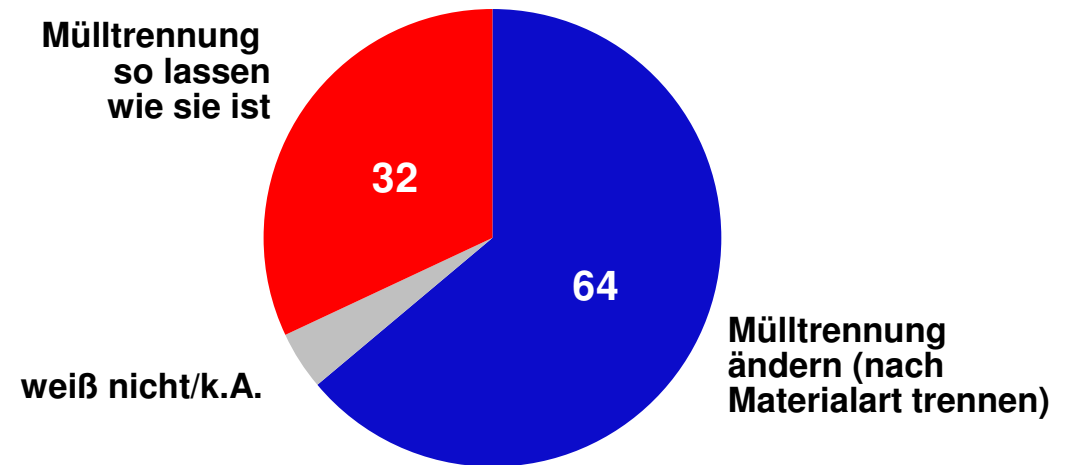
Mülltrennregeln ändern oder beibehalten (1)

Knapp zwei Drittel würden eine Trennung des Mülls nach Art des Materials bevorzugen, ein Drittel möchte die Regeln der Mülltrennung lieber so lassen, wie sie sind.

Frage: „Bisher ist es ja so, dass in die Gelbe Tonne bzw. in den Gelben Sack nur **VERPACKUNGEN** gehören und keine anderen Gegenstände aus den gleichen Materialien. Jogurtbecher aus Kunststoff gehören z. B. in die Gelbe Tonne, alte Zahnbürsten aus Kunststoff hingegen nicht.

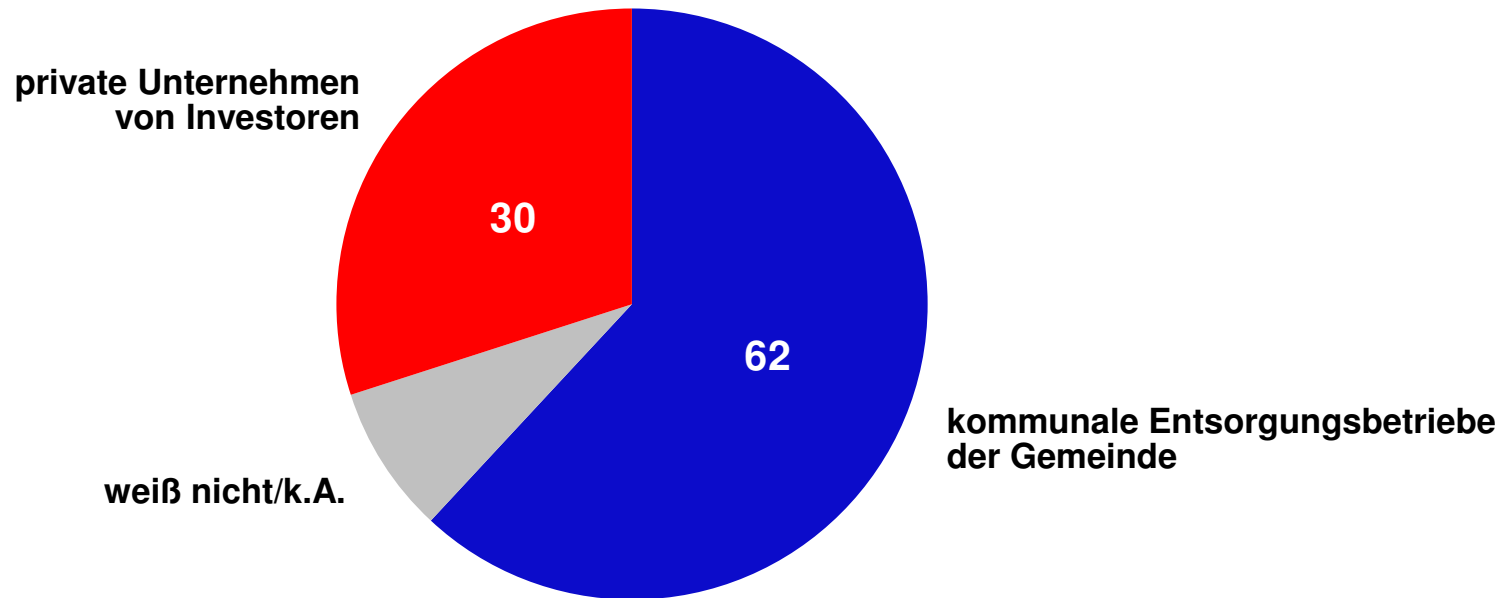
Momentan wird darüber diskutiert, die Regeln der Mülltrennung so zu ändern, dass nur nach **ART DES MATERIALS** getrennt wird. Dann kämen z. B. alle Kunststoffe in eine Tonne, egal ob es sich um Verpackungen oder anderen Kunststoffabfall handelt.

Sind Sie dafür, die Mülltrennung so zu ändern, oder sind Sie dafür, die Mülltrennung so zu lassen, wie sie ist?“



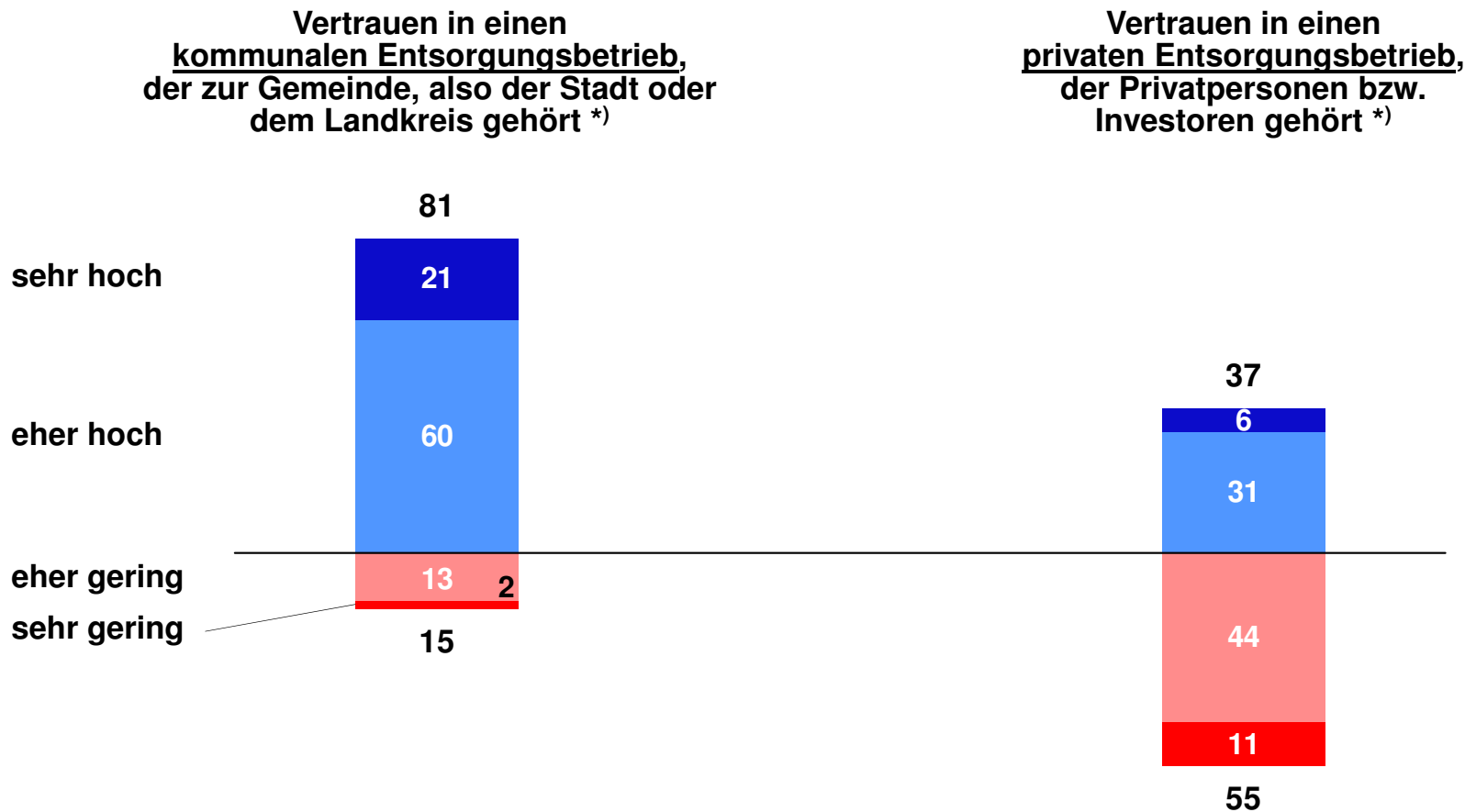
Vermutete gesetzliche Verantwortung für die Entsorgung von Verpackungen (1)

Fast zwei Drittel gehen (fälschlich) davon aus, dass die gesetzliche Verantwortung für die Entsorgung von Verpackungen bei den kommunalen Entsorgern liegt.



Vertrauen zu kommunalem Entsorgungsbetrieb vs. Vertrauen zu privatem Entsorgungsbetrieb (1)

Die Bürger haben ein höheres Vertrauen in kommunale Entsorger als in private Betriebe.



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht/k.A.“
Basis: 1.009 Befragte

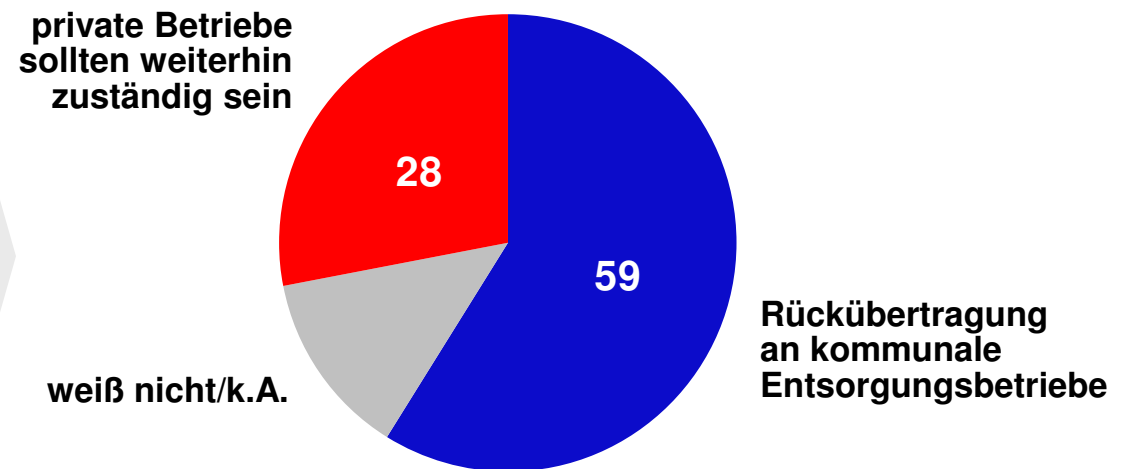
Angaben in Prozent

Wunsch nach Rückübertragung an die Kommunen (1)

Gut jeder zweite Bürger befürwortet eine Rückübertragung der gesetzlichen Verantwortung für Verpackungsabfälle an die Kommunen.

Frage: „Für die Abholung, Sortierung und Verwertung von Verpackungsabfällen in der Gelben Tonne bzw. im Gelben Sack sind in Deutschland seit rund 20 Jahren verschiedene privatwirtschaftliche Entsorgungsbetriebe verantwortlich. Zur Zeit wird darüber diskutiert, ob die Verantwortung dafür wieder den kommunalen Entsorgungsbetrieben, also den Gemeinden, übertragen werden soll.“

Sollen Ihrer Meinung nach wieder **KOMMUNALE** Entsorgungsbetriebe für die Abholung, Sortierung und Verwertung von Verpackungsabfällen zuständig sein, oder sollten dafür weiterhin **PRIVATE** Betriebe zuständig sein?“



Zusammenfassung

Zusammenfassung (1)

- Im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) wurden vom 24. bis 26. März 2014 insgesamt 1.009 Bundesbürger ab 18 Jahren zum Thema Wertstoff-Erfassung befragt.
- Zunächst sollten die Befragten schätzen, welcher Anteil des in der Gelben Tonne (bzw. dem Gelben Sack) gesammelten Verpackungsabfalls stofflich verwertet wird (also aufbereitet und wiederverwertet). Die individuellen Schätzungen reichen von null bis 100 Prozent, im Durchschnitt gehen die Bürger aber davon aus, dass von 100 kg Verpackungsmüll 46 kg recycelt werden. Ältere Personen und solche mit formal höherer Bildung sind etwas skeptischer als der Durchschnitt hinsichtlich der stofflichen Verwertungsquote.
- Anschließend wurden die Befragten daran erinnert, dass in die Gelbe Tonne nach den geltenden Regelungen nur Verpackungen gehören und keine anderen Gegenstände aus den gleichen Materialien. Ein Drittel der Bürger (32 %) ist dafür, die Regeln der Mülltrennung so zu lassen, wie sie sind, zwei Drittel (64 %) sind hingegen dafür, die Regeln zu ändern und zukünftig nach Art des Materials zu trennen, also z. B. alle Kunststoffe in einer Tonne zu sammeln, egal ob es sich um Verpackungen oder anderen Kunststoffabfall handelt. Männer und Personen mit formal höherer Bildung sind noch etwas häufiger für eine Änderung der Mülltrennregeln.
- Fast zwei Drittel der Bürger (62 %) gehen (fälschlicherweise) davon aus, dass die gesetzliche Verantwortung für die Entsorgung von Verpackungen bei den kommunalen Entsorgern liegt. Nur 30 Prozent sind sich bewusst, dass dafür private Unternehmen verantwortlich sind. Bei den unter 30-Jährigen glauben sogar 72 Prozent, dass kommunale Betriebe die Verantwortung tragen.

Zusammenfassung (2)

- Weiter wurde gefragt, wie hoch das eigene Vertrauen in kommunale bzw. in private Entsorgungsbetriebe ist. Das Vertrauen in kommunale Entsorger ist sehr hoch: 81 Prozent der Befragten haben sehr hohes bzw. eher hohes Vertrauen, nur 15 Prozent eher bzw. sehr geringes (Rest: weiß nicht / keine Angabe). Das Vertrauen in private Entsorger ist deutlich geringer: nur 37 Prozent geben an, sehr hohes bzw. eher hohes Vertrauen in Entsorgungsbetriebe zu haben, die Privatpersonen bzw. Investoren gehören.
- Abschließend ging es um die aktuell diskutierte Frage, ob die Verantwortung für die Abholung, Sortierung und Verwertung von Verpackungsabfällen wieder an die kommunalen Entsorgungsbetriebe, also an die Gemeinden, zurückübertragen werden soll, oder ob die Verantwortung wie seit rund 20 Jahren bei privatwirtschaftlichen Unternehmen bleiben soll. Eine Mehrheit von 59 Prozent spricht sich für eine Rückübertragung an kommunale Betriebe aus, gut ein Viertel (28 %) möchte die bestehende Regelung beibehalten.